

Stefan Petermann

Die Bedeutung von Compliance-Maßnahmen für die Sanktionsbegründung und -bemessung im Vertragskonzern

2. unveränderte Neuauflage



Nomos

Schriften zu Compliance

herausgegeben von

Prof. Dr. Peter Kindler,
Ludwig-Maximilians-Universität München

Prof. Dr. Thomas Rotsch, Justus-Liebig-Universität Gießen,
Leiter des CCC - Center for Criminal Compliance der
Universität Gießen

Band 6

Stefan Petermann

Die Bedeutung von Compliance-Maßnahmen für die Sanktionsbegründung und -bemessung im Vertragskonzern

2. unveränderte Neuauflage



Nomos

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Zugl.: Konstanz, Univ., Diss., 2012

ISBN 978-3-8487-2305-8 (Print)

ISBN 978-3-8452-4590-4 (ePDF)

2. unveränderte Neuauflage, 2015

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2015. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	17
Kapitel 1: Die strafrechtliche Haftung des Verbandes	21
A. Funktion des § 30 OWiG und dessen theoretische Grundlage	25
I. Tatbestandliche Haftungsvoraussetzungen und Funktion	27
II. Dogmatische Grundlagen der Verbandsgeldbuße	37
1. Zurechnung rechtswidrigen Organverhaltens	39
a. Handlungsfähigkeit des Verbandes	39
b. Schuldfähigkeit des Verbandes	43
2. Organisationsverschulden als Zurechnungsgrund	46
B. Das Zusammenspiel mit den §§ 9, 130 OWiG	49
I. Handeln für einen anderen nach § 9 OWiG	49
II. § 130 OWiG als zentrale Aufsichtsvorschrift des Wirtschaftsstrafrechts	53
1. Grundsätzliches	54
2. Sanktionsvoraussetzungen	56
III. Der Funktionszweck der Troika	60
C. Fazit	60
Kapitel 2: Aktien- und GmbH Konzerne auf vertraglicher Grundlage	62
A. Der aktienrechtliche Vertragskonzern	65
B. Konzernverbindung aufgrund Eingliederung	66
C. Der GmbH-Konzern auf vertraglicher Grundlage	67
Kapitel 3: Compliance-Maßnahmen und Unternehmensorganisation	69
A. Begriffliche Annäherung und tatsächliche Verbreitung	69
I. To comply with the law	69
II. Compliance und Compliance-Maßnahmen	70

III. Realität der Compliance-Maßnahmen in Unternehmen	73
B. Systematische Einordnung und rechtliche Grundlage von Compliance-Maßnahmen	76
I. Pflichten aus dem Innenverhältnis	77
1. Aktienrecht als Grundlage der Pflicht zu Compliance-Maßnahmen	77
a. Verpflichtung des Vorstandes zur Organisation der Gesellschaft	77
b. Organisationspflichten des Aufsichtsrats	80
c. Die Erklärung zum Corporate Governance Kodex als Pflichtengrund	81
2. Verpflichtung der GmbH-Geschäftsführung zur Organisation	82
3. Reichweite der internen Verpflichtung zur Einrichtung von Compliance-Programmen	83
II. Compliance-Pflichten gegenüber der Allgemeinheit	85
1. Bereichsspezifische Organisationsanforderungen	85
a. Umweltrechtliche Pflichten zur betrieblichen Organisation	86
b. Anforderungen des Kapitalmarktrechts	88
2. Allgemeine zivilrechtliche Organisationsanforderungen	91
a. Die Verkehrssicherungspflichten aus § 823 BGB	91
b. Die Haftung für den Verrichtungsgehilfen gemäß § 831 BGB	93
3. § 130 OWiG als Grundlage einer Organisationspflicht	95
III. Ausländische Compliance-Pflichten für deutsche Unternehmen	95
1. Anforderungen an die Unternehmensorganisation nach dem Recht der Vereinigten Staaten (US-Recht)	96
a. Kartellstrafrecht, insbesondere Sherman Act	98
b. Korruptionsstrafrecht, insbesondere Foreign Corrupt Practices Act	100
c. Kapitalmarktstrafrecht, insbesondere Sarbanes-Oxley-Act of 2002	102
2. Anforderungen nach dem Recht des Vereinigten Königreichs	103
IV. Fazit	104
Kapitel 4: Haftungsbegründung im Vertragskonzern und Compliance-Maßnahmen	106
A. Alleinverantwortlichkeit der Konzernmutter bei Organisationsmängeln	107
I. Die Konzernmuttergesellschaft als Betriebs- oder Unternehmensinhaberin	107
1. Konzernrechtliche Betrachtung	108
2. Erwägungen des Kartellrechts	111
II. Subsidiarität des echten Unterlassungsdelikts	114

III. Zwischenergebnis	114
B. Beteiligung der Leitungsperson an der Anknüpfungstat als Haftungsgrund	115
I. Haftungskonsequenzen bei Vorsatztat des Geschäftsleiters	116
1. Vorsätzliches aktives Tun	116
2. Vorsätzliches Unterlassen von Aufsichtsmaßnahmen	123
a. Begehung und Unterlassen	123
b. Rechtspflicht zum Handeln	124
c. Täterschaft und Beihilfe beim Unterlassen von Aufsichtsmaßnahmen	126
d. Fehlender Eingriff trotz Kenntnis	128
e. Ungenügende Maßnahmen bei Unkenntnis	128
II. Haftung wegen fahrlässigen Verstoßes gegen Aufsichts- und Organisationspflichten	129
1. Fehlende Aufsichtsmaßnahmen als unerlaubtes Risiko	131
2. Verletzung der Aufsichtspflicht als Sorgfaltsverstoß und Erkennbarkeit	133
3. Auswirkung von Compliance-Richtlinien auf die Sorgfaltswidrigkeit	134
4. Aktives Tun oder Unterlassen als Begehungsform	137
5. Fahrlässige Aufsichtspflichtverletzung als Mit- oder Nebentäterschaft	139
6. Mangelhafte Aufsicht und Kontrolle als fahrlässige Tatbestandsverwirklichung	142
a. Täterschaft im Bereich der Fahrlässigkeitsdelikte	142
b. Zurechnung der Sorgfaltspflichtverletzung	145
aa. Zurechnung der Pflichtverletzung bei Gremienentscheidungen	147
bb. Unterbrechung des Zurechnungszusammenhangs aufgrund Regressverbots	148
cc. Berücksichtigung des Vertrauensgrundsatzes bei der Erfolgszurechnung	149
7. Rechtspflicht zur Abwendung des Erfolgs – Garantstellung der Konzernmutter	156
a. Unterschiedliche Arten der Garantstellung	157
b. Erfolgsverhinderungspflicht aufgrund Beschützergarantstellung	158
c. Rechtliche Grundlagen der Überwachungsverantwortung der Konzernmutter	160
aa. Zivilrechtlich orientierte Grundlagen der Überwachungsgarantstellung	161
bb. Die strafrechtlichen Grundlagen der Betriebsinhabergarantstellung	164
cc. Pflicht zur Überwachung der Tochtergesellschaft	194

d.	Pflichtendelegation durch tatsächliche Einrichtung von Compliance-Programmen	198
e.	Kausalität beim Unterlassungsdelikt / Ursächlichkeit der Organisationspflichtverletzung für die Anknüpfungstat	202
aa.	Kausalitätsnachweis beim Unterlassungsdelikt	202
bb.	Auswirkung einer fahrlässigen Gremienentscheidung auf die Unterlassungskausalität	206
f.	Physisch-reale Abwendungsmöglichkeit	207
C.	Fazit	208
Kapitel 5: Haftungsbegrenzung und Compliance-Maßnahmen		210
A.	Berücksichtigungsfähigkeit von Compliance-Maßnahmen	211
B.	Auswirkungen der Compliance auf die Verantwortlichkeit der Leitungsperson	213
I.	Bedeutung im Rahmen des § 130 OWiG	214
1.	Auswirkungen auf den Tatbestand	214
2.	Auswirkungen auf die Bußgeldbemessung	216
II.	Bedeutung im Rahmen der Beteiligung	217
C.	Berücksichtigung der Compliance-Maßnahme bei der Verantwortlichkeit des Verbandes	218
I.	Auswirkungen auf den Tatbestand	218
II.	Berücksichtigung im Rahmen der Bußgeldfestsetzung	219
1.	Auswirkung auf die Entschließung der Behörde	220
2.	Berücksichtigung bei der Betätigung des Auswahlermessens	223
a.	Ahndungsteil der Verbandsgeldbuße	224
aa.	Zurechnung fremden Verschuldens und Organisationsverschulden als Grundlage	225
bb.	Organverschulden als eigenes Verschulden des Verbandes	226
cc.	Verhältnis von Compliance-Maßnahmen zur Aufklärungshilfe	228
b.	Abschöpfungsteil	231
D.	Fazit	231

Kapitel 6: Zusammenfassung der Arbeit	233
Sachverzeichnis	239
Literaturverzeichnis	243